

Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats vom 16.04.2012

Bekanntgaben

Die nächste Gemeinderatsitzung findet am 7. Mai 2012 statt. Am 5. Mai ist das Vorspiel zum Jugendmusikpreis, am Sonntag, 6. Mai findet um 11 Uhr die Matinee in der Ratscheuer statt. Vom 3. bis 6. Mai reisen die Viertklässer der Auenwalder Grundschulen zu einem Schüleraustausch nach Beaurepaire.

Verschiedenes

Aus den Fraktionen kam die Bitte, dass die Gemeinderatsitzungen künftig nicht mehr unmittelbar nach den Ferien stattfinden sollen, da sonst die Fraktionsvorberatungen in den Ferien liegen. Die Verwaltung wird dies künftig bei der Terminplanung berücksichtigen. Dadurch wird die am 11. Juni geplante Gemeinderatsitzung nun auf den 18. Juni verlegt.

Bürgermeister Ostfalk prangert das Abbrennen von Grasflächen an; dies sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht nur verboten, es würde auch den Lebensraum seltener Tierarten vernichten. Vergehen würden entsprechend verfolgt werden.

Erneut werden die klappernden Schachtdeckel auf der Kreisstraße in Mittelbrüden moniert.

Bürgerfragestunde

Hier gab es keine Wortmeldungen

Bausachen

a) Errichtung von zwei Fertiggaragen mit Satteldach, Ginsterhalde 16, Oberbrüden

Der Bauherr hat auf seinem Grundstück Ginsterhalde 16 zum Großteil auf nicht überbaubarer Grundstücksfläche bisher einen Carport baurechtlich genehmigt. Er beabsichtigt, diesen Carport abzubauen und dafür zwei Fertiggaragen zu errichten. Da es sich um einen Ersatz für den an dieser Stelle vorhandenen Carport handelt, war die Verwaltung der Auffassung, dass die Befreiung von den entgegenstehenden Festsetzungen des Bebauungsplans städtebaulich vertretbar sei. Die Gemeinderäte befassten sich eingehend mit dem Baugesuch, insbesondere wegen einer möglichen Beeinträchtigung der Angrenzer. Letztendlich erteilte der Gemeinderat einstimmig das erforderliche Einvernehmen.

b) Nutzungsänderung Schuppen in Lager; Neubau Carport mit Terrasse, Talstr. 26, Unterbrüden

Der Bauherr beabsichtigt, auf seinem Grundstück Talstraße 26 im Ortsteil Unterbrüden den bestehenden Schuppen in einen Lagerraum umzunutzen sowie einen Carport mit Terrasse anzubauen. Die geringfügige Überschreitung der Baugrenze mit dem sehr „leicht“ wirkenden Carport ist nach Auffassung der Verwaltung städtebaulich vertretbar. Dem Bauvorhaben wurde das erforderliche Einvernehmen der Gemeinde einstimmig erteilt.

Bildung von Haushaltsresten für das Rechnungsjahr 2011

Bevor die Jahresrechnung für das Rechnungsjahr 2011 festgestellt werden kann, muss zunächst über die Bildung und Übertragung von Haushaltsresten entschieden werden. Haushaltsreste sind Einnahme- oder Ausgabeansätze des Haushaltsplans bzw. des Nachtragshaushaltsplans, die im abgelaufenen Haushaltsjahr ganz oder teilweise nicht realisiert bzw. in Anspruch genommen worden sind und in das Folgejahr als Haushaltseinnahme- bzw. Haushaltsausgabereste übertragen werden sollen. Haushaltsausgabereste bewirken, dass die entsprechenden Haushaltsansätze für ihren geplanten Zweck im Folgejahr verfügbar bleiben, ohne dass sie im Haushaltsplan des Folgejahres oder in einem Nachtragshaushaltsplan neu veranschlagt werden müssen. Haushaltsausgabereste wirken wie Sollausgaben und verschlechtern das Ergebnis der Jahresrechnung. Die Zulässigkeit der Bildung von Haushaltsresten richtet sich nach den §§ 19 und 41 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO).

Die Verwaltung schlägt vor, in der Jahresrechnung 2011 im Verwaltungshaushalt keine Haushaltsausgabereste zu bilden.

Der Antrag der UWA-Fraktion, die Haushaltsausgabereste um pauschal 300.000 Euro zu kürzen und den Haushaltseinnahmerest für die Darlehensaufnahme um 300.000 Euro zu vermindern, wird mehrheitlich angenommen. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Posten für die Kürzung zu benennen.

Mehrheitlich beschloss der Gemeinderat die Bildung von Haushaltsresten für das Haushaltsjahr 2011 wie folgt: Die Summe der Haushaltsausgabereste im Vermögenshaushalt in Höhe von 2.063.056 € wird um 300.000 Euro reduziert; dadurch verringert sich auch die Höhe der vorgesehenen Kreditermächtigungen um 300.000 Euro.

Die Veränderungen bei den Haushaltsausgaberesten werden in der nächsten Gemeinderatsitzung bekannt gegeben.

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2012 sowie Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Wasserversorgung: Stellungnahmen der Fraktionen und Verabschiedung

Alle vier Fraktionen haben zum vorliegenden Planwerk ihre Stellungnahmen abgegeben; die Haushaltsreden im kompletten Wortlaut erschienen bereits in der letzten Ausgabe des Mitteilungsblattes. Ergänzend werden hier die haushaltsrelevanten Anträge der Fraktionen bzw. deren Beschlüsse veröffentlicht:

BWA:

- - Der Antrag auf Verschieben des Straßenausbaus Bürgerwaldstraße/Rottmannsberger Straße wird einstimmig beschlossen; die Planungskosten für die Maßnahme verbleiben jedoch 2012 je nach Fortschritt der Baumaßnahme Hochwasserrückhaltebecken Heschlachbach.
- - Die Sanierung der Grundschule Unterbrüden soll auf die energetische Sanierung (um 115.000 Euro auf dann 50.000 Euro) reduziert werden. Diese Mittel, so der Vorsitzende, reichen aber nicht aus, denn die Sanierung der Treppenanlagen sei aufgrund der Verkehrssicherungspflicht nicht weiter aufschiebbar. Einstimmig beschloss daher der Gemeinderat, die Ausgaben für

die Sanierung der Grundschule Unterbrüden 2012 um 90.000 Euro auf 75.000 Euro zu kürzen.

- - Der Gemeinderat sprach sich einstimmig für den Vorschlag aus, den Umbau der Scheune Däfern auf 2013 zu verschieben.
- - Brückensanierung Feldwegbrücke Talstraße und Brücke Beaurepairestraße: Hier gab es unterschiedliche Sparvorschläge – von der kompletten Streichung (SPD) bis zur Reduzierung (BWA). Da eine komplette Streichung der Mittel nicht möglich sei, da sie möglicherweise eine komplette Sperrung der Brücken zur Folge hätte, wurde einstimmig beschlossen, jeweils 30.000 Euro an Sanierungsmittel für die beiden Brücken als gegenseitig deckungsfähig einzusetzen, so dass dann die dringendsten Maßnahmen durchgeführt werden können.
- - Beim geplanten Allwettersportplatz gab es ebenfalls unterschiedliche Sparvorschläge. Nachdem die Vereinsvertreter noch nicht zu einer Einigung gekommen sind, beschloss der Rat mehrheitlich, die Mittel für den Bau des Sportplatzes noch nicht endgültig zu streichen, sondern die letztendliche Entscheidung der Vereine noch abzuwarten. Für den Grunderwerb, der auch anderen Zwecken dienen könne, wird ein Betrag in Höhe von 30.000 Euro beim allgemeinen Grundvermögen zusätzlich eingestellt.
- - Einstimmig beschloss der Rat das Verschieben des Fehlbetrags von 2010 in Höhe von rund 39.000 Euro; der Fehlbetrag soll erst 2013 abgedeckt werden.

UWA:

- Die Streichung eines Ersatzwagens für den betagten MTW erfolgt nicht, da die Ersatzbeschaffung bereits im Feuerwehrbedarfsplan eingestellt ist und die Beschaffung im Jahr 2012 beschlossen wurde.
- Ebenfalls keine Mehrheit fand der Vorschlag, im Bereich der Spielgeräte für die Kinderspielplätze 10.000 Euro zu streichen.
- Bevor über die Ersatzbeschaffung für den Bauhofunimog in Höhe von 150.000 Euro entschieden werden kann, soll vom „technischen“ Ausschuss des Gemeinderats (UPA) der tatsächliche Bedarf festgestellt und der am besten geeignetste Fahrzeugtyp ausgewählt werden.
- Der Austausch weiterer Straßenbeleuchtungskörper durch eine moderne LED-Technik wurde ebenfalls im Rat thematisiert. Ergänzung siehe SPD
- Die vorgeschlagene „Task-Force“ soll unter Beteiligung von Haushaltsexperten der Fraktionen über haushaltsrelevante Themen frühzeitig beraten.
- Die beantragte globale Minderausgabe im Verwaltungshaushalt in Höhe von 1 Prozent des Volumens wurde mehrheitlich abgelehnt.
- Der Vorschlag der Streichung einer Beamten-Stelle im Hauptamt wurde ebenso mehrheitlich vom Rat abgelehnt.

SPD

- - Neben den bereits behandelten Anträgen schlug die SPD hinsichtlich der Einführung der gesplitteten Abwassergebühr vor, auf das bereits beschlossene Selbstauskunftsverfahren zu verzichten. Mehrheitlich schloss sich der Gemeinderat dem Antrag an, die Ermittlung der versiegelten Flächen an ein Fachbüro zu übertragen, so dass das weitere Verfahren wie in den Nachbarkommunen Althütte und Weissach im Tal praktiziert werden kann. Hierfür werden zusätzlich 20.000 Euro im Verwaltungshaushalt bereitgestellt, die über die Abwassergebühr zu finanzieren sind.

- Die SPD schlug vor, das Beispiel der Stadt Langen bei Bremen (Komplett-Umstellung auf LED) für die Auenwalder Straßenbeleuchtung zu überdenken. Allerdings seien für diesen Austausch zusätzliche Kreditaufnahmen notwendig, die sich jedoch durch die voraussichtlichen Energieeinsparungen decken würden. Diese Möglichkeit soll in einer der nächsten Sitzungen thematisiert werden. Die bisher zusätzlich eingestellten 100.000 Euro für die partielle Umstellung sollen im Planwerk zunächst verbleiben, da ein entsprechender Förderantrag damit verbunden ist.

Mehrheitlich beschloss der Gemeinderat im Anschluss die Haushaltssatzung unter Berücksichtigung der haushaltsrelevanten Beschlüsse und stellte den Wirtschaftsplan 2012 des Eigenbetriebs Wasserversorgung unverändert fest.